



Wochenschriftlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 18 Sgr. Anzeigengebühren für den Raum einer fünfzeiligen Seite in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befragungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 108. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 5. März 1867.

## Deutschland.

### O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

Berlin, 4. März.

#### 6. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Eröffnung 11 1/2 Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. Am Tische der Bundes-Commissarien Graf Bismarck, v. d. Heydt, von Roon, Graf von Jönell und einige andere Bevollmächtigte der norddeutschen Bundesstaaten. — Die Plätze der Schriftführer sind im Anfang der Sitzung leer.

Präsident Simon theilt mit, daß die drei Präsidenten in Gemeinschaft mit den provisorischen Schriftführern das Resultat der am Sonnabend vorgenommenen Schriftführerwahl festgestellt haben. Es haben erhalten die Abgg. Fortel 179 Stimmen, v. Unruhe-Vomst 174, v. Kleinjürgen 173, Delius 169, v. Schöning 167, v. Wurmb 167, Graf Vaudissin 163, Dr. Jall 144, und somit zu Schriftführern gewählt.

Der Präsident fordert die Abgg. Delius, Fortel, Jall und v. Kleinjürgen auf, für diese Sitzung als Schriftführer zu fungieren, und theilt mit, daß die Mittheilung über das Wahlergebnis und die erfolgte Constatirung des Hauses an das Bundespräsidium erstattet worden sei, und macht sodann noch folgende Mittheilungen:

Neu eingetreten in das Haus sind die Abgg. Bannier (2. Abth.), von Below (3. Abth.), v. Jadowski (4. Abth.), Rüdert (5. Abth.), Freiherr v. Rabenau (6. Abth.), Wegner (7. Abth.).

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat zu seiner Vertretung bei den Verhandlungen des Reichstages bevollmächtigt den Ministerpräsidenten von Ergen und den Staatsrath Wegel. — Der Präsident ernannt sodann zu Quästoren die Abgg. v. Auerwald und Schmamm.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand die Entgegennahme der Vorlagen der verbündeten Regierungen ist.

Präsident der Bundes-Commissarien Graf v. Bismarck: Im Auftrage der hohen verbündeten Regierungen habe ich die Ehre, den Entwurf einer Bundesverfassung vorzulegen, wie er zwischen der Regierungen vereinbart worden ist. Ich füge dem Entwurf bei eine authentische Ausfertigung der Verträge, auf welchen bisher die Constatirung des Bundes beruhte, sowie die Protocolle der Conforenzen, in welchen der Verfassungsentwurf zwischen den Regierungen vereinbart worden ist. Zudem ist die Vorlage der Beschlüsse der hohen Versammlung unterbreitet, enthalte ich mich, der Rede, mit welcher der König, mein allerhöchster Herr, die Sitzungen des Reichstages eröffnet hat, etwas hinzuzufügen. Nur auf einen Umstand möchte ich aufmerksam machen. Im Art. 6 des vorläufigen Bündnisses zwischen den Regierungen vom 18. August v. J. ist die Dauer des Bündnisses festgesetzt bis zum Ablauf der neuen Bundesverfassung, eben, auf 1 Jahr, wenn die Bundesverfassung vor Ablauf eines Jahres noch nicht abgeschlossen sein sollte. Ich will mir nicht erlauben, die Situation näher ins Auge zu fassen, in welche Deutschland gerathen würde, wenn bis zum 18. August v. J., also 5 1/2 Monat von heute an gerechnet, unser Werk nicht zum Abschluß gelangt wäre. Ich erlaube mir, hierbei noch auf einen Umstand aufmerksam zu machen. Es ist Ihnen Allen bekannt, daß die Landtage der verbündeten Staaten über wenigstens manche unter ihnen sich ausdrücklich vorbehalten haben, das Resultat unserer Vereinbarungen ihrem Beschlusse zu unterbreiten; deshalb müssen sofort nach dem Schluß des Reichstages die Landtage der 22 verbündeten Staaten einberufen werden. Es ist nun dringend wünschenswerth, daß auch diese Phase der Entwicklung abgeschlossen wird, bevor der 18. August eintritt.

Auch in diesem Moment liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung unserer Arbeiten. Die Beziehungen zu Süddeutschland, so weit sie einem Jeden von uns mehr oder weniger ausgebildet vorkommen, werden durch einen raschen und entschiedenen Beschluß im Norden gefördert werden. Das Vertrauen im Süden und die Mahnung zum Anschluß an die norddeutschen Bundesstaaten wird gefördert werden, wenn sie im Süden sehen, daß wir rasche Schritte nach dem Ziele hin thun und daß sie die Erreichung des Zieles in nahe Aussicht nehmen können. Auch nach dieser Richtung hin liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung der Arbeiten und zur baldigen Verständigung über die Punkte vor, wo Meinungsverschiedenheiten obwalten. Es liegt ohne Zweifel etwas in unserem National-Charakter, was der Einnahme von ganz Deutschland widerstrebt; sonst würden wir sie nicht verloren oder wenigstens bald wiedergewonnen haben. Wenn wir zurückblicken in die Zeiten der Größe Deutschlands unter den Kaisern, so finden wir, daß in keinem anderen europäischen Lande in dem Maße die Wahrheitsliebe vorhanden war, die nationale Einheit zu erhalten, wie in Deutschland. Schauen wir uns um, von dem großen russischen Reiche bis zu den despotischen arabischen politischen Gebilden, so sehen wir, daß Deutschland vor allen Staaten die größte Wahrheitsliebe hatte, einzig zu werden. Was ist nun wohl der Grund, daß die Einheit verloren, und wenn verloren, nicht wieder gewonnen worden ist?

Es ist, wenn ich es mit einem Worte bezeichnen soll, derselbe Ueberschuß an männlicher Selbstständigkeit und Unabhängigkeitsgefühl, welcher in Deutschland die Einzelnen, die Gemeinden und Stämme veranlaßt, sich am liebsten auf die eigene Kraft zu stützen. Es ist der Mangel an jeder Gefügigkeit der Einzelnen, zu Gunsten des Gemeinwells von den Privatinteressen etwas nachzulassen, was allein in den Stand setzen kann, die Wohlthaten der Einheit zu erlangen. Die hohen verbündeten Regierungen haben Ihnen, m. H., hierin ein gutes Beispiel gegeben. Fast alle ohne Ausnahme haben auf die Ausführung mehr oder weniger herabgesetzte Wünsche verzichtet. Liefern auch wir den Beweis, daß wir die Erfahrungen einer 600jährigen Geschichte beherzigen und nach dem, was wir selbst erlebt haben, die Lehren zu Herzen nehmen, die wir aus den verheerenden Verheeren von Frankfurt und Erfurt ziehen können. Das Mithing dieser Verheeren hat in Deutschland einen Zustand der Unsicherheit und Unzufriedenheit hervorgerufen, der 10 Jahre lang bestanden hat und nach der Katastrophe des vorigen Jahres nach irgend einer Seite hin zum Abschluß kommen muß. Das deutsche Volk hat ein Recht dazu, zu erwarten, daß die Wiederkehr einer solchen Katastrophe verhindert werde, und ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß Ihnen in Verbindung mit den verbündeten Regierungen nichts mehr am Herzen liegt, als diese gerechte Erwartung des deutschen Volkes zu erfüllen. (Beifall.)

Präsident Simon schlägt vor, die Vorlagen mit möglicher Beschleunigung drucken zu lassen und erst dann, wenn sie sich in den Händen aller Mitglieder befinden, über die geschäftliche Behandlung derselben zu beschließen.

Abg. v. Binde: Wir können den Verfassungsentwurf bereits aus den Zeitungen, und ist diese Publication unumstößlich geblieben. Neu sind uns nur die Protocolle der Konferenz der Bevollmächtigten. Wir können daher sehr wohl schon heute über die geschäftliche Behandlung des Entwurfs schlußfassen, zumal die von dem Abg. Kaster eingebrachte Geschäfts-Ordnung eine sehr gründliche Verathung derselben in ihren §§ 20 und 22 ermöglicht, zunächst eine allgemeine und später eine specielle. Ich trage daher mit Rücksicht auf diese Bestimmungen darauf an, schon heute über die geschäftliche Behandlung der Vorlage Beschluß zu fassen.

Präs. Simon: Ich bin im Augenblick nicht im Stande, den Wortlaut der Vorlage mit dem der Zeitungen zu vergleichen, bin aber der Meinung, daß die Beschlässe dieser hohen Versammlung auf Grund des officiellen Textes zu erfolgen haben.

Abg. Schulze (Delfisch): Wir können doch nicht Beschlässe fassen mit Rücksicht auf eine Geschäfts-Ordnung, die noch gar nicht verhandelt ist, und also noch keine Gültigkeit hat. — Abg. Scherer ist derselben Meinung. — Abg. v. Binde: Ich gehe durchaus nicht von der Voraussetzung der bereits erfolgten Annahme der Kasterschen Geschäfts-Ordnung aus, sondern für meinen Antrag genügt bereits die provisorisch geltende Geschäfts-Ordnung des preussischen Abgeordnetenhauses, die vollkommen ausgereicht hat, um die Behandlung des Staatsbaushalts-Gesetzes zu ermöglichen, wie sie im Jahre 1866 stattgefunden hat. Derselben Formen treffen jetzt für den Verfassungsentwurf zu. — Abg. v. Hagle wünscht auch erst den Druck abzuwarten, und empfiehlt den Vorschlag des Präsidenten.

Minister Graf v. Bismarck: Die Bedeutung der den Verfassungsentwurf begleitenden Vorlagen wird wohl von mancher Seite überschätzt. Die Vorläge zu demselben sind in der Geschichte und in den Erfahrungen der letzten Jahre zu finden; die Protocolle lassen sich ihrem meritorischen Inhalt nach in etwa zehn Minuten übersehen. Schliessens ist das Schlußprotocoll von wesentlicher Bedeutung, indem einige Bedenken verbündeter Regierungen darin niederge-

legt sind, von denen sie annehmen, daß sie im Reichstage zur Erledigung kommen werden. Was die Identität zwischen dem vorgelegten Text des Verfassungsentwurfs und der Publication in den Zeitungen betrifft, so können vielleicht Abweichungen im Druck durch die Correctur entstanden sein. Fertig war der Entwurf, als die Veröffentlichung erfolgte und es ist seitdem nichts an ihm verändert worden.

Abg. Kaster macht auf die Unterschiede seiner und der provisorisch geltenden Geschäfts-Ordnung aufmerksam, die es nicht gleichgültig machen, ob das Haus sich schon heute schlußfassen macht oder erst dann, wenn die Frage der Geschäfts-Ordnung erledigt ist.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Wir bewegen uns hier in einem circulus vitiosus, und die Frage ist, ob wir mit Feststellung der Geschäfts-Ordnung beginnen müssen oder schon vorher über die Behandlung der Vorlage entscheiden dürfen. Ich bin der ersten Meinung und möchte die letztere Entscheidung bis dahin vertagen, daß die Geschäfts-Ordnung festgestellt ist, ohne mich deshalb den Vorwurf der Verzögerung unserer Arbeiten zuzulassen, die auch ich um Alles vermeiden möchte. (Zustimmung.) Ich hätte nichts dagegen, daß wir es bei der provisorisch geltenden Geschäfts-Ordnung bewenden lassen, wenn sie nur auf Vorlagen, wie die uns vorliegende, eingerichtet wäre. Aber die spezifische Natur und der Charakter derselben lassen dies nicht zu.

Wir thun daher besser, diese ganze Discussion abzubrechen und erst über die Behandlung der beantragten Geschäfts-Ordnung schlußfassen zu lassen. Beschließt das Haus die Form der Vorberathung über dieselben, so wäre ich ganz dafür, daß die vorgelegten neuen Geschäfts-Ordnungen sich in Amendements zu einigen Paragraphen der provisorisch geltenden verhandeln, da einige wenige Zusätze zu derselben im Interesse des vorgelegten Verfassungsentwurfs geboten sind. — Präsident Simon: Ich erlaube mir, den Herrn Redner darauf aufmerksam zu machen, daß wir in diesem Augenblick nicht ohne Geschäfts-Ordnung sind. — Abg. Dr. Braun (unterbrechend): Ich erkenne das an.

Präsident Simon: Der verehrte Herr hat nicht um das Wort gebeten. Abg. v. Sybel: Die Neuerungen der Abgg. Kaster und Braun haben mich von jedem Bedenken gegen den Antrag des Abg. v. Binde befreit. Mag die Frage der Geschäfts-Ordnung in einer Commission, in der Vorberathung des ganzen Hauses oder in Schlußberathung behandelt werden, jedenfalls können zu jedem Paragraphen derselben Amendements eingebracht werden und ich bin zweifelhaft darüber, ob die Kraft der Thatfachen für alle Mitglieder des Hauses stark genug ist, um es gegen die profunde Behandlung der Formfragen und die Vertiefung in dieselben zu schützen. Auch nach § 16 der alten, provisorisch geltenden Geschäfts-Ordnung würden immer noch vier Tage hingehen, bis das Haus nach Aufhebung der Druckschrift über die Behandlung ihres Inhalts beschließen kann.

Abg. v. Gottberg empfiehlt dem Hause über den Verfassungsentwurf der provisorischen Geschäfts-Ordnung gemäß in Vorberathung zu treten und Abgeordneter v. Binde tritt seiner und der Meinung v. Sybels bei, indem er absehung von der Kasterschen Geschäfts-Ordnung die Vorberathung im Plenum auf Grund der provisorisch geltenden empfiehlt.

Abg. Graf Schwerin warnt vor einem unpraktischen Verfahren, bei dem das Haus acht Tage verlieren würde. Versetzt es nach dem Vorschlage des Präsidenten, so verliert es wenigstens vier davon.

Abg. Dr. Braun: Ich weiß allerdings, daß wir eine Geschäfts-Ordnung haben, und habe den Willen in die Zukunft nur deshalb geworfen, um zu zeigen, daß auch mit der Voranstellung der Entscheidung über die Behandlung der Geschäfts-Ordnung kein Zeitverlust verknüpft ist.

Die Abgg. Grumbrecht und Harner treten dem Vorschlage des Präsidenten bei.

Abg. Windhorst: Auch ich will die Verhandlungen des Hauses beschleunigen, aber sie nicht überstürzen. Auf der heutigen Tagesordnung steht als erster Gegenstand: „Entgegennahme der Vorlagen der verbündeten Regierungen“. Die Entgegennahme ist erfolgt und damit der Gegenstand erledigt. Ich bin nicht so glücklich wie die verehrten Herren aus Preußen in solchen Fällen sagen zu können: „das ist bei uns so hergebracht“, und zugleich über etwas zu verhandeln, was nicht auf der T. O. steht, nämlich über die geschäftliche Behandlung der entgegengenommenen Vorlagen. — Präsident Simon replicirt dahin, daß das Haus mit dieser Discussion von seiner Tages- und Geschäfts-Ordnung nicht abweiche.

Die Debatte wird geschlossen. Abg. Dr. Braun zieht einen von ihm eingebrachten besonderen Antrag zurück und das Haus beschließt auf den Vorschlag seines Präsidenten, den Beschluß über die geschäftliche Behandlung des Verfassungsentwurfs auszusetzen, bis derselbe nebst Schlußprotocoll gedruckt und in den Händen der Mitglieder ist. Damit ist der Antrag des Abg. v. Binde erledigt.

Der zweite Gegenstand der T. O. ist die geschäftliche Behandlung der von den Abgg. v. Arnim (Heinrichsdorf) und Kaster eingebrachten Geschäfts-Ordnungsentwürfe.

Abg. Graf Schwerin beantragt, über dieselben in Schlußberathung einzutreten und kündigt für den Fall, daß dieser Antrag genehmigt wird, seinerseits den (dritten) Antrag an über beide Geschäfts-Ordnungsentwürfe (v. Arnim u. Kaster) zur Tagesordnung überzugehen, ohne zur Zeit in die Verathung derselben einzutreten und die bisher schon provisorisch geltende Geschäfts-Ordnung des preussischen Abgeordnetenhauses für die Dauer der Session zu genehmigen.

Abg. v. Arnim (Heinrichsdorf): Ich habe meinen Entwurf zurückziehen wollen und heute mit dem Abg. Kaster darüber conferirt, daß er dasselbe thun möge. Da er aber dazu nicht Willens ist, so bleibe mir nichts übrig, als an meinem Entwurf festzuhalten. Ich empfehle die Ueberweisung beider Entwürfe an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. Graf Schwerin: Mein Antrag ist durch die Sachlage motivirt, welche der Minister Graf v. Bismarck heute so betont hat. Der Redner hat Verweisung an eine Commission empfohlen, der Präsident empfiehlt Vorberathung im Hause, ich empfehle Schlußberathung im Hause. Wir sind jetzt acht Tage verarmt und es gab wohl nie eine Versammlung, auf die man auch außerhalb Deutschlands mit solcher Aufmerksamkeit geblickt hat. Steht sie noch länger an, wegen Formfragen an ihre große Aufgabe heranzutreten, so leidet ihre Würde und ihr Ansehen. Mögen immerhin bei der Verathung des Verfassungsentwurfs die Geister aufeinander spielen, mögen alle seine einzelnen Bestimmungen genau erörtert werden; man wird dann vielleicht sagen, die Deutschen sind wieder einmal gründlich gewesen, aber sie sind es dann einer großen Aufgabe gegenüber gewesen. Aber ein fernerer Aufschub muß nach außen einen so peinlichen Eindruck machen, daß ich an meinem Theile der Mitschuld daran nicht tragen mag. Auch gestatte ich die Geschäfts-Ordnung des preussischen Abgeordnetenhauses die größte Gründlichkeit in der Verathung des Verfassungsentwurfs.

Abg. Kaster: Obwohl ich in einem empfindlichen Nachtheil versetzt werde, wenn hier auf meinen Geschäfts-Ordnungsentwurf schon jetzt schlußfassen eingegeben, während doch erst seine Behandlung in Frage steht, so will ich doch auf ein näheres Eingehen zu seinen Gunsten verzichten. Ich empfehle mit dem Präsidenten des Hauses die Form der Vorberathung im Hause, die schon morgen beginnen kann. Der Entwurf des Abg. v. Arnim weicht in vielen Stellen von der Geschäfts-Ordnung des Hauses der Abgeordneten wesentlich ab, der meiste nur in einigen wenigen Punkten, um die Arbeit der Prüfung des Verfassungsentwurfs zu fördern. So ist die Verweisung an die Commission zwischen der Vorberathung und der Schlußberathung eingeschoben, damit das Haus nicht gleich im ersten Stadium mit einer Amendements-Fluth überschwemmt werde. Beginnen wir die Vorberathung im Hause über die Geschäfts-Ordnung morgen, so werden wir in etwa fünf Tagen sehen, ob wir mit einigen Abänderungen zu der vorhandenen Geschäfts-Ordnung ausreichen und ich werde dann der Erste sein, der seinen Entwurf zurückzieht.

Abg. v. Hennig: Die Vorberathung ist der kürzere Weg, da wir sie sofort beschließen können, während der Antrag des Grafen Schwerin erst gedruckt werden und sich vier Tage in den Händen der Mitglieder befinden muß. Die Anträge der Abgg. Kaster und v. Arnim sind aber bereits gedruckt in Aller Besitz. Beginnen wir die Vorberathung morgen, so können wir übermorgen mit den Amendements fertig werden. Für die Annahme eines so wichtigen Gesetzes, wie der Verfassungsentwurf ist, ist es unerlässlich, daß das Haus im Besitz einer definitiven Geschäfts-Ordnung sei und nicht auf Grund einer provisorischen arbeite.

Abg. Twesten ist derselben Meinung, obwohl er sich, wie der Abg. von Sybel, nicht in Formfragen zu verlieren und in ihnen zu verlieren gedenkt; aber die Bestimmungen des Kasterschen Entwurfs, betreffend die Feststellung

der Rednerliste und der Verathungsstadien seien von formellem und sachlichem Einfluß auf das Ergebnis der Prüfung des Verfassungsentwurfs.

Abg. Michaelis: Die bindenden Formen für unsere Willensäußerung und Beschlußfassung sind nicht gleichgültig und die Bestimmungen der provisorisch geltenden Geschäfts-Ordnung genügen nicht dem Zweck einer Verammung die nicht einzelne Gesetzentwürfe, nicht ein Budget zu verathen, sondern eine Verfassung zu vereinbaren hat. Ihre §§ 20—22 müssen demgemäß nach dem Kasterschen Entwurf abgeändert werden, der außerdem auch die wichtige Bestimmung enthält, daß bei der Wahl zu Commissionen die Mitglieder der Abtheilungen sich nicht auf dieselben zu beschränken brauchen. Mit dem Uebergang zur Tagesordnung werden unsere Arbeiten nicht beschleunigt, er schützt nicht dagegen, daß der Verfassungsentwurf an eine Commission verwiesen und seine Prüfung unbestimmt hinausgezogen wird.

Abg. Graf zu Eulenburg erklärt sich in erster Reihe für den Antrag des Abg. v. Arnim, in zweiter für den des Grafen Schwerin. Vorhandene Schwierigkeiten müsse man thatsächlich vermeiden, nicht durch Resolutionen. Sonst gerathe man in die Situation, daß man über den Verfassungsentwurf nach der einen Geschäfts-Ordnung beschließen habe und hinterher mit der andern fertig werde. Die Frage sei nicht gleichgültig, vielmehr sehr wichtig.

Abg. v. Gerber tritt dem Antrage des Grafen Schwerin mit Entschiedenheit und unter wiederholtem Beifall bei. Es handelt sich, sagt er, darum, das öffentliche Vertrauen in Deutschland zu gewinnen und das werden wir in dem Maße, als wir über formelle Fragen weggehen — das wird man uns nachsehen — und an unsere große Aufgabe selbst herantreten. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Rix tritt ihm bei. Abg. Graf Schwerin warnt davor, daß das Haus sich nicht in unabsehbare Formfragen verliere, wie es unermesslich sei, wenn ihm nicht die Specialdiscussion über die vorliegenden Geschäfts-Ordnungsentwürfe abgeschnitten werde.

Die Discussion wird geschlossen und bei der Abstimmung der Antrag des Grafen Schwerin auf Schlußberathung angenommen. Damit sind die Anträge der Abgg. v. Arnim und Kaster (Commission, resp. Vorberathung im Hause) erledigt.

Präsident Simon ernannt zum Referenten den Abgeordneten Kamm-gieker, zum Correferenten den Abg. Grafen Bethusy-Huc.

Letzter Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Berichterstattung über Wahlprüfungen.

Namens der ersten Abtheilung erstattet der Abg. Graf Bethusy-Huc Bericht. Er beantragt, die Wahlen der Abgg. v. Münchhausen, Hofius, Stadenhagen und Dr. Freytag für gültig zu erklären; das Haus beschließt demgemäß. — Gegen die Wahl des Generals v. Steinmetz im 6. Frankfurter Wahlbezirk, welche mit bedeutender Majorität, mit 12,344 von 16,605 Stimmen, erfolgt ist, sind mehrere Proteste eingegangen: Einer dieser Proteste ist freilich ganz unerblich, da er sich nur auf einen Wahlbezirk bezieht und über formelle Verhältnisse sich beschwert. Eine zweite Gruppe von Protesten behauptet indessen, daß ungeschiebte Beeinflussungen stattgefunden haben. Es handelt sich zunächst darum, daß die Stimmzettel, die zu Gunsten des Generals v. Steinmetz auf dem Lande abgegeben wurden, aus auffällig grauem Conceptpapier bestanden. Dann aber war auch ein Wahl-erlaß des Landraths v. Rheinbaben im Kreisblatt erschienen, in welchem auf die Wichtigkeit der Wahlen aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen wurde, daß nur durch ein Zusammengehen des Reichstages mit der Regierung das Wert der Einheit gefördert werden könne und daß, wenn die Opposition siege, große Gefahren über das Vaterland heraufbeschworen werden würden. Deshalb sei es Pflicht, einen Freund der Regierung zu wählen. Sämtliche Vertrauensmänner (der conferirten Partei) hätten sich für den General v. Steinmetz entschieden und sei zu hoffen, daß dessen Wahl mit großer Majorität erfolgen werde. Man solle sich durch die Mittel, welche der Gegen-Candidat, der als Feind der Regierung im Abgeordnetenhaus sich gezeigt habe, für seine Wahl anwenden möchte, in seiner Pflicht gegen König und Vaterland nicht beirren lassen und seine Schuldigkeit durch die Wahl des obenbezeichneten Helfen thun. Der Landrath v. Rheinbaben schließt seinen Wahlkreis: diese Verfügung ist in den Gemeinden vorgelesen und haben die Herren Gendarmen dieselbe zu controliren und über die Nichtbefolgung Bericht zu erstatten.

Ref. Abg. Graf Bethusy-Huc bemerkt: Die Abtheilung sei der Meinung, daß der Landrath v. Rheinbaben seine Befugnisse überschritten habe und sie beantrage, von diesem Wahlerlaß der königl. Staatsregierung Kenntnis zu geben, die Wahl selbst aber für gültig zu erklären. — Das Haus erklärt ohne weitere Debatte die Wahl des Generals v. Steinmetz für gültig.

Namens der II. Abtheilung referirt der Abg. Dr. Riebel (Brieg); die Wahlen der Abgeordneten v. Wernsdorf, Franz (Heiligenstadt) und Jungten werden ohne Debatte für gültig erklärt.

Für die III. Abtheilung erstattet der Abg. v. Unruhe-Vomst Bericht. Ohne Debatte werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. v. Jagow, v. Arnim-Kröschendorf, Ringe, v. Trestow, v. Sänker (Grabow), v. Beerfelde, Wagners und v. d. Golz. — Bei der Wahl des Abg. Bogge-Blankenhof haben sich 2388 Wahlberechtigte im Fürstenthum Rügenburg, das zu Mecklenburg-Strelitz gehört, der Wahl enthalten, weil § 2 des in Mecklenburg-Strelitz publicirten Wahlregulativs anordnet, daß nur Mecklenburger zur Wahl berechtigt seien, Rügenburg aber in Mecklenburg-Strelitz nicht einberufen, sondern nur durch Personal-Union demselben verbunden sei. In der Abtheilung wurde festgestellt, daß diese Angabe richtig sei, zugleich aber darauf hingewiesen, daß in § 7 des Regulativs Rügenburg ausdrücklich genannt worden. Jedenfalls beruhe dieser Protest nicht auf dem Wahlergebnis selbst. Wenn man den 10,946 gültigen Stimmen jene 2388 zuzähle, so habe der Abg. Bogge, da er 7799 Stimmen erhalten habe, immer noch 1131 über die absolute Majorität erhalten. Die Abtheilung beantragt demnach die Gültigkeitserklärung seiner Wahl.

Abg. Wiggers (Berlin) führt zur Entschuldigung der Rügenburger, auf die im Uebrigen gewiß kein staatsrechtliches Attentat beschuldigt worden sei, den Umstand an, daß die mecklenburg-schwerinsche Regierung auf die Anfrage, ob man auch einen Mecklenburg-Strelitzer wählen dürfe, den Bescheid ertheilt habe: Im Wahlregulativ stehe, daß bloß ein Mecklenburger gewählt werden dürfe, also könne in Mecklenburg-Schwerin bloß ein Schweriner und kein Strelitzer gewählt werden (große Heiterkeit). — Nach einer Bemerkung des Abg. Michaelis, daß die Protestirenden ganz denselben Effect erzielt haben würden, wenn sie ihr Wahlrecht ausübt und dann protestirt hätten, als jetzt, wo der Protest unter Bericht auf ihr Wahlrecht erfolgt sei, wird die Wahl des Abg. Bogge für gültig erklärt.

Für die IV. Abtheilung referirt der Abg. v. Rehler. Die Wahl des Abg. Fries wird ohne Debatte für gültig erklärt. — Als die Wahl des Abg. v. Bethmann-Hollweg zur Sprache kommt, nimmt der Abg. Rottky das Wort, um den Antrag zu stellen, dieselbe in die Abtheilung zurückzuweisen, und zwar auf Grund von Thatfachen, denen er eine kurze Vorberathung vorzuschicken wolle. Zwischen den Wahlen in allen andern Ländern und Provinzen und denen im Großherzogthum Posen bestche ein merkbarer Unterschied. Anderswo handle es sich in den Ländern des norddeutschen Bundes um die Gegenätze: Großdeutscher oder Particularist, Liberaler oder Conservativer, im Großherzogthum Posen bloß um den des Deutschen oder Polen und um den Beweis beizubringen, daß Posen ein deutsches Land sei. Hohe Verwaltungs-Beamtene hatten offen ausgesprochen, daß, um Deutsche zu wählen, alle Mittel gerade seien. (Auf: Namen!) Redner werde den Namen nennen, doch habe er jetzt noch das Bedenken, daß ihm der Bohnort eines Zeugen unbekannt sei. In diesen Mitteln, deutsche Wahlen durchzuführen, hätte sich ein Theil der Behörden und ein Theil der Einwohner überboten. Noch müsse erwähnt werden, daß, wenn auch die politische Landbevölkerung überwiege, die doch die großen Güter oft in deutschen Händen befinden. Zu der Agitation, die durch Districts-Commissarien und Gendarmen betrieben, komme also auch die durch Wirtschaftsbeamte und Inspectoren.

Redner geht nun zu den Thatfachen über (Auf: Lauter), unter denen er hervorhebt, daß ein Wirtschafts-Inspector an der Thür des Wahllocales erklärt habe: er werde Niemand mit polnischen Zetteln einlassen. Ein anderer habe die polnischen Zettel weggenommen und deutsche dafür gegeben. Polnische Wähler seien aus dem Dienste entlassen worden. Einem Polen sei ein Zettel abgenommen und dafür ein deutscher in die Urne gelassen, während er bedeutet worden: nun könne er gehen. Ein Gendarm habe gesagt: Ihr wollt wohl unter russische Herrschaft kommen? Ein Anderer: Ihr werdet doch nicht



Polen wählen? hier ist ein deutscher Katholik, den wählt! Redner erklärt, es sei ihm nichts daran gelegen, Herrn v. Bethmann zu verdrängen, aber er habe konstatieren wollen, wie weit die Beeinflussungen getrieben würden. So sei es überall geschehen und bitte er, ihm zu gestatten, aus anderen Wahlkreisen Beispiele zu citieren. (Widerpruch.) — Der Präsident möchte dies für unstatthaft erklären. — Abg. Mott: Er wolle nur von schon geprüften Wahlen sprechen. — Präsident Dr. Simson: Der Redner sei streng genommen dazu nicht befugt, doch werde man ihn immerhin hören können. — Abg. Mott fährt demnach noch an, daß man die Stimmzettel für den Prinzen Roman Gzartorsky für ungültig erklärt habe und schließt mit einer Bemerkung über das Verfahren des Ober-Präsidenten Horn, die aber im Zusammenhang unverständlich bleibt.

Präsident der Bundes-Commissarien v. Bismarck: Dem Herrn Redner will ich nur eine Thatsache entgegenhalten. Vor einigen Wochen hat sich der Oberpräsident der Provinz Posen an mich gewandt mit seiner Klage über eine Beeinflussung der Wähler in Posen durch Drohungen und Entfesselung der Thatsachen von Seiten der polnischen Gutsbesitzer und der niederen Geistlichkeit. Man ist darin soweit gegangen, die Deutschen als Evangelische und die Polen als Katholiken zu qualificieren. Man hat in dieser Art die Gemüther damit zu beunruhigen gesucht, daß die katholische Religion in Gefahr läge durch die Gründung des norddeutschen Bundes, und die deutschen Katholiken zu bewegen gesucht, für den polnischen Kandidaten zu stimmen zur Rettung ihres Glaubens. Ich habe geantwortet, daß wir jetzt hier mehr zu thun hätten, als alle einzelnen erdlichen oder irdischen Stimmen aufzusuchen und ihn ersucht, nur ganz eclatante strafbare Fälle der königl. Regierung mitzutheilen. Dem Herrn Redner kann ich übrigens zu seinem Privatgebrauch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen von polnischer Seite mittheilen.

Abg. v. Niegolewski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen und speciell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herbeizulenken, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun müssen. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen; die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, das seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verwerthet werden, und es kann einer Nation nicht übel geachtet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantel: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen gehabt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß unterlag worden und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erdlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erdlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eclatanten Fälle“ mittheilen möchte.

Abg. Böckel: Die Herren Redner sind im Unrecht, wenn sie meinen, daß von polnischer Seite keine Wahlbeeinflussungen vorgekommen wären. Ich constatire aus den Wahlacten die Thatsache, daß in einem polnischen Wahlbezirk der Wahlvorsteher den Stimmzettel öffnete, der auf den deutschen Kandidaten lautete und ihn dann zurückwies, angeblich, weil das Papier nicht weiß genug wäre; als er nun von Neuem auf weißerem Papier geschrieben, überreichte wurde, öffnete ihn der Wahlvorsteher wiederum und zerriß ihn; als nunmehr der Wähler mit einem Protest drohte, wurde er aus dem Wahllokal gewiesen und bedroht, daß man Hunde auf ihn hegen würde, wenn er nicht Folge leistete. Die Herren aus Polen sind daran gewöhnt, sich als Schmerzenskinder darzustellen; nach dem, was Sie vom Grafen Bismarck gehört haben, wissen Sie, was Sie davon zu halten haben.

Abg. Graf Renard: In der Provinz Posen giebt es keine polnischen Bürger, sondern nur preussische Staatsbürger. Ref. Abg. v. Reibler: Ich habe den Protest deshalb in meinem Referate nicht erwähnt, weil er von keinem Einfluß auf das Resultat der Wahl sein kann. Die Agitation in der Provinz Posen ist eine sehr lebhaft gewesene, sowohl seitens der Polen wie der Deutschen, und das ist nicht ungehörig, sondern gehörig und erwünscht. Daß manche Polen für Deutsche gestimmt haben, ist sehr erklärlich; da sie in der politischen Bildung so weit vorgegangen sind, um einzusehen, daß es gut und vorteilhaft ist, einem großen Gemeinwesen, wie der norddeutsche Bund ist, anzugehören.

Darauf wird abgestimmt: Der Antrag Mott fällt mit allen Stimmen gegen die der Polen; die Wahl des Abg. v. Bethmann-Hollweg wird für gültig erklärt.

Ohne Debatte werden darauf genehmigt die Wahlen der Abgg. v. Roon, Wegner, Krah, Schüle (Berlin), v. Frenn, Graf Bredow, v. Auerwald. — Bei Gelegenheit der letzten Wahl theilt Ref. Abg. v. Reibler mit, daß ein Protest eingegangen ist, der eine Fälschung des Wahlergebnisses im 1. Bezirke behauptet. 80 Wähler nämlich erklären, daß sie einen Stimmzettel mit dem Namen des Gegenkandidaten v. Jachowitsch in die Urne geworfen, nach Zählung der Stimmen aber nur 38 für diesen Kandidaten vorhanden waren. Auf das Resultat der Wahl hat dies zwar keinen Einfluß; die Commission beantragte deshalb die Gültigkeitserklärung der Wahl, zugleich aber auch eine Benachrichtigung hieron an die Bundes-Commissarien, damit die künftige preussische Regierung das Erforderliche veranlasse. — Das Haus tritt den Anträgen bei.

Namens der 5. Abtheilung referirt der Abg. Persius; auf seinen Antrag werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Kammegger, v. Thadden, Walder, Laster, Delius, Falk und Jensen. — Die Abtheilung hatte anfangs beschloffen, wegen eines Formfehlers in den Wahllisten die Wahl des Letzteren zu beanstanden, ging jedoch bei nochmaliger Berathung von diesem Antrag ab.

Für die 6. Abtheilung berichtet der Abg. Hergenbach. Es werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Prinz Friedrich Carl, Dr. Körter, v. Waldam-Reizenstein, Francke, v. Niegolewski. Bei der Wahl des letzteren Abgeordneten ist der Fall vorgekommen, den oben Abg. Böckel gerügt hat. Es wird beschloffen, dem Bundes-Präsidenten Mitteilung davon zu machen. — Ein nachträglich gegen die schon für gültig erklärte Wahl des Abg. Ebelst erhobener Protest wird ad acta gelegt.

Für die 7. Abtheilung berichtet Abg. v. Wurmb. Auf seinen Antrag werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Agricola und Fürst Solms-Lich.

Präsident Dr. Simson: Hiermit ist die Tagesordnung erledigt; der Druck der heute eingebrachten Vorlage wird bis morgen Abend vollendet sein. Ich beraume deshalb die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr an und setze auf die Tagesordnung: Berathung über die geschäftliche Behandlung der Vorlagen der verbündeten Regierungen. — Die Abtheilungen bitte ich, Mittwoch um 11 Uhr zusammenzutreten, um die rüchständigen Wahlen zu prüfen.

Abg. Asmann: Um die Berathung der Geschäftsordnung nicht zu weit hinauszuschieben, bitte ich, den Herrn Präsidenten zu ermächtigen, daß er von der vierundzwanzigsten Frist Abstand nehme, welche zwischen dem Druck der Anträge der Referenten und der Verhandlung im Plenum nach der Geschäftsordnung liegen soll.

Präsident Dr. Simson: Eine Abstimmung darüber kann ich nicht herbeiführen, sondern bin der Ansicht, daß der Antrag gefallen ist, sobald ein Mitglied des Hauses widerspricht.

Abg. Frhr. v. Binde (Hagen): Ich widerspreche. (Gelächter.) Abg. Graf Schwerin: Ich möchte mich nur gegen den Einwurf verwahren, als hätte ich durch meinen Antrag auf Schlußberathung die Berathung über die Geschäftsordnung hinauszuschieben wollen; ich glaube sie im Gegentheil zu beschleunigen; wenn dies jetzt nicht geschieht, so ist es nicht meine Schuld.

Abg. v. Hagte und v. Reibler erklären, daß Mitglieder des Hauses für den Antrag auf Schlußberathung gestimmt haben, weil sie die Sache beschleunigen wollten.

Der Präsident erklärt diese Sache für erledigt; aber die Geschäftsordnung kann nunmehr nicht eher im Hause verhandelt werden, als vier Tage, nachdem die Anträge der Referenten gedruckt sind.

Abg. Wähler bittet, die 2. Abtheilung schon auf Dienstag 1 Uhr zu berufen, da dieselbe zwei wichtige Wahlprüfungen vor habe.

Der Präsident leistet dieser Bitte Folge. — Schluß der Sitzung 3 Uhr, nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Tages-Ordnung: 1) Berathung über die geschäftliche Behandlung des Verfassungsentwurfs; 2) Wahlprüfungen.

Berlin, 4. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Landthatsachen-Rendanten, Rechnungs-Rath Riemer zu Ratibor und dem Archimandriten und Parrer der orthodoxen griechischen Gemeinde zu Wien, Anton Chariatis, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Haupt-Steueramts-Diener Friedrich Wilhelm Schulz zu Baynau, dem Haupt-Steueramts-Diener

Weeslow zu Stettin und dem Schulzen Christoph Friedrich Lehmann zu Trotha, im Saalkreise, das allgemeine Ehrenzeichen verliehen; die von der Akademie der Wissenschaften hieselbst getroffene Wahl des ordentlichen Professors an der hiesigen Universität, Dr. Johann Gustav Drossen, zum ordentlichen Mitglied in der philosophisch-historischen Klasse der Akademie bestätigt; sowie den Hypotheken-Bewahrern Richard in Bonn und Helmenitz in Coblenz den Charakter als Steuer-Rath verliehen.

[Sr. Majestät Brigg „Musquito“] ist am 28. Februar und Sr. Majestät Brigg „Rober“ am 1. d. M. in Toulon angekommen.

[Ueber den gerichtlichen Hergang in der v. Kirchmann'schen Disciplinar-Untersuchungs-Sache,] welche mit der Entsetzung des Appellationsgerichts-Präsidenten v. Kirchmann vom Amte und zwar ohne Pension endete, gehen der „Rhein. Z.“ folgende Details zu: Die Entsetzung vom Amte ist wegen „verwerflicher Ausführungen“ in einem Vortrage, welcher im Februar 1866 im Berliner Handwerker-Verein gehalten wurde, und wegen einiger Artikel aus dem November 1863 bis Januar 1864 in der „Breslauer Zeitung“ erfolgt, welche im „entschieden regierungsföndlichen und agitatorischen Sinne“ geschrieben sein sollen. Jene „verwerflichen“ Ausführungen beruhen einzig und allein darauf, daß in dem v. Kirchmann'schen Vortrage die Arbeiter daran gemahnt wurden, sich in Bezug auf die Vermehrung ihrer Familie auch innerhalb der Ehe gewisse Schranken aufzuerlegen und allmählig die Sittlichkeit bei sich einzuführen, daß eine Arbeiterfamilie sich auf zwei lebende Kinder beschränke, weil sonst der Lohn nicht zur Ernährung der Familie hinreiche. Diese Malthus'sche Lehre ist allerdings unheimlich genug und verdient bekämpft zu werden, aber sehr berühmte Nationalökonom haben sich derselben angeschlossen, ohne daß man ihnen Verwerflichkeit der Gesinnung vorwerfen kann. In den Artikeln der „Breslauer Zeitung“ wurde die damals schwebende schleswig-holsteinische Frage verhandelt und von der Regierung energische Action gegen Dänemark zur Befreiung der Herzogthümer gefordert; selbst der innere Conflict zwischen dem Abgeordnetenhaus und der Regierung sollte zurückgestellt werden, um dies große Ziel nicht zu hindern. Im Allgemeinen wird dabei die Opposition des Hauses in der Budget- und Militärfrage gerechtfertigt, aber wiederholt verlangt, daß das Haus in den Bahnen der Geselligkeit verharre und sich in keine übertriebene extreme Politik stürze. Die Artikel hat die Regierung zwei Jahre lang gekannt, ohne sie zu verfolgen. Die Praxis des Obertribunals war damals weit gelinder, wie die Opposition des Bundesraths in der „Kreuzzeitung“ (des ersten Präsidenten des Appellationsgerichts zu Magdeburg) aus jener Zeit beweist. Derselbe hat noch 1866 in der gefährlichen Zeit vor Ausbruch des Krieges eine viel stärkere Opposition gegen das jetzige Ministerium gemacht. Das Alles hat der Präsident v. Kirchmann in seiner anderthalbstündigen Vertheidigungsrede ausführlich begründet, allein ohne Erfolg. Das Urtheil wurde sofort im Termine ohne Gründe publicirt. So ist auf Dienstentsetzung gegen einen Mann erkannt worden, der 44 Dienstjahre hat und bis zum Jahre 1848 fortwährend ausgezeichnet und befördert worden ist. Von da ab stockte es, weil er in der National-Verammlung sich zur Opposition hielt. Schon im Jahre 1850 wurde er zur Disciplinar-Untersuchung gezogen, weil er als Präsident des Criminalsenats zu Ratibor die Competenz des Obertribunals nicht anerkennen wollte, welches gegen die Bestimmung des § 12 des Gesetzes vom 2. Januar 1849 die Einleitung der Untersuchung gegen den Frankfurter Abgeordneten Grafen Oscar Reichenbach verlangt. Er wurde damals mit 13 Monaten Suspension vom Amte belegt, was einer Geldstrafe von 1600 Thlrn. gleichkam.

△ [Hr. v. Bernuth.] Wir erfahren, daß der Polizeipräsident Hr. v. Bernuth durch Hr. v. Wurmb ersetzt werden soll; Herr v. Bernuth werde eine anderweitige Stellung in Danzig erhalten. Die Aenderung sei bereits, wie man uns weiter mittheilt, in der Zeit des Blind'schen Attentats beabsichtigt worden.

(Notizen aus der Provinz.) \* Görlitz. In der am Freitag stattgehabten Stadtverordneten-Verammlung wurde der Antrag des Magistrats genehmigt, das hiesige Stadttheater dem Theater-Verein auf sechs Jahre zu überlassen.

+ Koblenz. Der „Nid. Ztg.“ meldet man von hier: Man sollte es kaum noch für möglich halten, daß bei der allgemein bekannten Thatsache immer wieder Menschen sich in die Gefahr bringen, im Kohlendampf zu erstickten, und doch wurden am 3. d. M. Früh hier zwei Arbeiter und die Braut des Einen bewußlos in einer Stube vorgefunden, welche mit Kohlendunst überfüllt war. Sie waren in der Nacht von Görlitz zurückgekommen, hatten eingeheißt — mit Tof und Steinkohlen — und die Klappe zu zeitig zugemacht. Nach mehrstündigen ärztlichen Bemühungen sind glücklicherweise alle drei Belebten ins Leben zurückgerufen und so das Unglück verhütet worden, welches, da am 3ten das erste Aufgebot des Brautpaares erfolgen sollte und auch wohl erfolgt ist, gewiß höchst tragisch geworden wäre.

Meteorologische Beobachtungen.				
Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 4. März 10 U. Abg.	333.44	—0,6	W. 2.	Trübe.
5. März 6 U. Abg.	329.75	—1,4	W. 1.	Bedeckt, Schnee.
Breslau, 5. März. [Wasserstand.] O. P. 16 F. 6 B. U. P. 3 F. 3 B.				

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 5. März. Die „B. u. S. Z.“ schreibt: Die Liberalen beabsichtigen, einen Antrag oder eine Interpellation wegen der Pressefreiheit hinsichtlich der Reichstagsverhandlungen für das ganze Bundesgebiet einzubringen. Roggenbach ist hier eingetroffen. (Wolff's Z. B.)

London, 4. März, Nachts. Derby und Disraeli theilten dem Parlamente die erwähnten Abdankungen der drei Minister mit. Derby hofft, daß die Cabinetsergänzung am Freitag vollendet sei. Disraeli bringt die Reformbill am 18. d. M. ein. (Wolff's Z. B.)

Florenz, 4. März. Das Finanzproject mit Langrand-Dumonceau ist keineswegs ausgegeben, sondern wird dem neuen Parlamente wieder vorgelegt werden. Das Gerücht, es sei mit englischen Banquiers ein finanzielles Abkommen getroffen worden, entbehrt der Begründung.

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 4. März, Nachm. 3 Uhr. Das Geschäft war an der heutigen Börse träge. Die 3% wurde schließlich zu 70, 22½ gehandelt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91 gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 70, 22½. Italien. 5proc. Rente 53, 90. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 420, 00. Credit-Mobilier-Aktien 517, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 421, 25. Oester. Anl. von 1865 pr. opt. 335, 00. 6proc. Ver. St.-Anl. von 1882 (ungekündigt) 83½. 1proc. Spanier 32. Gardiner 73. Italien. 5proc. Rente 53½. Lombarden 16½. Mexicaner 17½. 5proc. Russen 87. Neue Russen 88½. Silber 60½. Türkische Anleihe 1865 31. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 73½. — Holländisch-indische Anleihe wurde mit ½ pSt. Brämie gehandelt.

Frankfurt a. M., 4. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest, aber stille. Nach Schluß der Börse Creditactien 177, matt. Schluß-Course. Preussische Kassenscheine 105½. Berliner Wechsel 104½. Hamburger Wechsel 88½.

\*) Bei dieser Gelegenheit wollen wir bemerken, daß der Redacteur dieser Zeitung über Artikel vernommen wurde, die Herr v. Kirchmann im Jahre 1865 oder 1866 für die „Bresl. Z.“ geschrieben haben sollte. Diese waren nicht von Herrn v. Kirchmann geschrieben, sondern von einem damals ständigen Mitarbeiter der „Bresl. Z.“. Daß Herr v. Kirchmann die früheren Artikel geschrieben, hatte sowohl er als auch der Redacteur der „Bresl. Z.“ ohne Weiteres eingeräumt. Die Red. d. Bresl. Z.

Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 95. Wiener Wechsel 92½. Finnländische Anleihe 85½. Neue 4½% Finnländische Pfandbriefe 84½. 6% Verein. Staaten-Anleihe pro 1882 76½. Oesterreich. Bantanttheile 703 B. Oester. Credit-Aktien 178. Darmstädter Bantactien —. Darmstädter Zettelbank 248. Meiningen Credit-Aktien 97½. Oester.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Aktien —. Oesterreich. Elisenbahn 113. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahabahn —. Ludwigsbahn-Verband —. Hessische Ludwigsbahn 134½. 5% Oesterreich. Anleihe von 1859 63½. 1854er Loose 60½. 1860er Loose 71. — 1864er Loose 76½ B. Badische Loose 53½. Kurhessische Loose 55. Baiersche Prämien-Anleihe 100½. Oester. Nat.-Anl. 55½. 5% Metalliques 47½. 4½% Metalliques 41½.

Wien, 4. März. [Abend-Börse.] Matt. Credit-Aktien 189, 50. Nordbahn 166, 50. 1860er Loose 89, 50. 1834er Loose 82, 75. Staatsbahn 211, 60. Cernowitzer 185, 25.

Hamburg, 4. März, Nachmittags 3 Uhr 30 Min. Fonds matt. Valuten fehlend. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 90½. — Schluß-Course: National-Anleihe 56½. Oesterreich. Credit-Aktien 75. Oester. 1860er Loose 70. Mexicaner —. Vereinsbank 109½. Norddeutsche Bank 120½. Rheinische 117½. Nordbahn 80½. Altona-Kieler 131. Finnland. Anleihe 81½. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 86. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 84½. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 69½. Disconto 2 pSt.

Hamburg, 4. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco feinst, auf Termine höher. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto 148 Bancothaler Br., 147 Gld., pr. Frühjahr 146 Br. und Gld. Roggen loco stille, ab auswärts leblos, auf Termine behauptet, pr. März 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Gld., pr. Frühjahr 83 Br., 87 Gld. Hafer flau. Del stille, loco 25½ pr. Mai 25½, pr. Oct. 26. Spiritus etwas höher gehalten, 23½ pr. Raffine guier Markt, verkauft 1500 Sad Maracaibo, 4000 Sad do. schwimmend. Zinl loco 14 Mt. 3 Sh., 500 Ctr. 14 Mt. 5 Sh. — Wetter schön, aber kalt.

Liverpool, 4. März, Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umlauf. Fest. Middling Amerikanische 13½, middling Orleans 14, fair Dollars 11½, good middling fair Dollars 11, middling Dollars 10½, Bengal 8½, good fair Bengal 9, Comra 11½, Peram 14½, Egyptian 16½.

Paris, 4. März, Nachmittags 3½ Uhr. Ribot pr. März 97, 50, pr. Mai August 99, 00, pr. September-December 98 50. Wehl pr. März 73, 50, pr. Mai-Juni 75, 50. Spiritus pr. März 59, 50.

London, 4. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Für Weizen konnten nur sehr schwer Montagspreise erlangt werden, in fremdem Detail-Geschäfte. Gerste 1, Hafer einzeln ½ Sh. niedriger, schleppend. — Schönes Wetter, Nachtfrost.

### Berliner Börse vom 4. März 1867.

Fonds- und Geld-Course.		Eisenbahn Stamm-Aktion	
Freiw. Staats-Anl.	41½ 100 bz.	Dividende pro 1864. 1865.	
Staats-Anl. von 1859	5 104½ bz.	Aachen-Masch.	—
ditto 1850	32 4 91½ bz.	Amsterd.-Rottd.	71½ 7½ 4 34 bz.
ditto 1854	188 4 113½ bz.	Berg-Märkische	74½ 7½ 4 192 100 99 ½ bz.
ditto 1854 4½	106½ bz.	Berlin-Anhalt.	113½ 13 4 22 bz. u.
ditto 1855 4½	100½ bz.	Berlin-Görlitz.	—
ditto 1856 4½	100½ bz.	ditto St.-Prior.	—
ditto 1857 4½	100½ bz.	Berlin-Hamburg.	10 9½ 4 157 G.
ditto 1859 4½	100½ bz.	Berl.-Potsd.-Mgd.	16 6 4 208 bz.
ditto 1864 4½	100½ bz.	Berlin-Stettin.	—
Staats-Schuldscheine	31½ 84½ bz.	Böhm.-Westb.	5 5 4 137½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	31½ 121½ bz.	Breslau-Freib.	8½ 9 4 139 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	41½ 99½ G.	Cöln-Minden.	159½ 17½ 4 143½ bz.
Kur.-u. Neumärk.	31½ 79½ G.	Cosel-Oderberg.	9 24 4 153½ bz.
Pommersche.	31½ 78½ bz.	ditto St.-Prior.	—
Posenische.	—	ditto dito.	—
ditto.	—	Galiz.-Ludwigsb.	9 5 4 88 bz.
Schlesische.	—	Ludwigsh. Bxh.	9½ 10 4 150½ G.
Kur.-u. Neumärk.	4 92½ bz.	Magd.-Halberst.	25 15 4 203 bz.
Pommersche.	4 92 G.	Magd.-Leipzig.	189½ 20 4 240 bz.
Posenische.	4 90½ G.	Mainz-Ludwigsh.	7½ 8 4 131 bz.
Preussische.	4 91½ G.	Mecklenburger.	4½ 3 4 79½ G.
Westph. u. Rhein.	4 96½ G.	Neckar-Brieger.	4½ 5½ 4 101½ bz.
Sächsische.	4 93 bz.	Niedersch. Märk.	4 4 4 91½ bz.
Schlesische.	4 93½ G.	Niedersch. Zwegb.	3½ 3½ 4 94½ bz.
Louisdr. 111½ bz.	Oest.-Bk. 79½ bz.	Nordb. Fr.-Wihl.	4 4 4 82 bz. u. B.
Goldkr. 8 8½ G.	Poln.-Bkn. —	Oberchl. A. . .	10 11½ 4 31½ bz.
		ditto B. . .	10 11½ 4 31½ bz.
		ditto C. . .	10 11½ 4 31½ bz.

Ausländische Fonds.		Bank- und Industrie-Papiere.	
Oesterr. Metalliques	5 49½ bz.	Berl. Kassen-V.	7½ 8½ 4 156 G.
ditto Nat.-Anl.	5 57 bz.	Braunschw. B.	—
ditto Lot.-Anl.	5 70½ G.	Bremer Bank.	7½ 8½ 4 117 G.
ditto dito 64	42½ bz. u. G.	Danziger Bank.	7½ 8½ 4 112 etw. bz.
ditto 54er Pr.-A.	63 B.	Darmst. Zettelb.	8 7½ 4 105½ bz.
ditto Eisenb.-L.	63½ G.	Oberchl. Bank.	7½ 8½ 4 101½ bz. u. G.
Ital. neue 5 proc. Anl.	5 53½ a 53½ G.	Gothaer	7 7½ 4 83 B.
Russ. Engl. Anl. 1862	87 bz.	Hannoversche B.	6½ 4 4 80 B.
ditto Holl. Anl. 1864	88 B.	Hamb. Nordb. B.	7½ 9 4 119½ B.
ditto Poln. Sch.-Obl.	64½ etw. bz.	Verona-B.	7½ 8½ 4 107½ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4 69½ bz.	Königsberger B.	6½ 6½ 4 111 G.
Poln. Obl. a 500 Fl.	4 91½ bz. u. G.	Luxemburger B.	4 6 4 82 G.
ditto a 300 Fl.	5 91½ bz.	Magdeburger B.	6½ 6½ 4 94½ B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	Posenener Bank.	7 6½ 4 104½ G.
Baden 35 Fl. Loose	—	Preuss. Bank-A.	109½ 104½ 4 155 bz.
Amerikan. St.-Anl.	6 77½ bz.	Thüringer Bank.	4 4 4 65½ B.
		Weimar	7 6½ 4 93½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.		Bank- und Industrie-Papiere.	
Berg-Märkische.	—	Berl. Hand.-Ges.	8 8 4 107½ B.
ditto II.	41½ 97½ B.	Coburg-Credb.A.	8 8½ 4 89 B.
ditto IV.	41½ 94½ B.	Darmstädter	6 6½ 4 84½ G.
ditto III. u. St. 34½	31½ 78½ bz.	Deutscher	—
Cöln-Minden.	—	Disc. Com.-Anst.	6½ 6½ 4 102½ bz. u. G.
ditto II.	4 102½ bz.	Genfer Credb.-A.	—
ditto III.	4 87½ G.	Leipziger	4 4 4 83½ G.
ditto IV.	—	Meiningen	7½ 7 4 96 bz.
ditto V.	—	Moldauer Lds.-B.	—
ditto VI.	—	Oesterr.-Credb.A.	5 4½ 4 75½ bz.
ditto VII.	—	Schl. Bank-Ver.	6½ 7½ 4 115½ B.
ditto VIII.	—		
Oest.-Frz. St.-B.	5 5 4 111½ bz. u. G.		
Oest.-süd. St.-B.	8 7½ 4 111½ 100 111½ [bz.]		
Oppeln-Tarnow.	33½ 5 4 74½ B.		
Rheinische.	—		
ditto Stamm-P.	6½ 7 4 118½ bz.		
Rhein-Nahabahn.	—		
Stargard-Posen.	34½ 4½ 4 95 G.		
Thüringer Bank.	8 4 4 132½ bz.		
Warschau-Wien.	7½ 8½ 4 104½ bz.		

Berlin, 4. März. Roggen loco 78—79½, 54½—55 Thlr. ab Bahn bez. — Mühl loco 11½ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 16½ Thlr. bez., pro März und März-April 16½— Thlr. bez. und Br., ¼ Thlr. Gld., April-Mai 16½— Thlr. bez. u. Br., ¼ Thlr. G. Mai-Juni 17 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 17½— Thlr. bez., Juli-Aug. 17½ Thlr. bez.

\* Breslau, 5. März. Wind: West. Wetter: Schneetreiben. Thermometer Früh 1 Grad Kälte. Bei fester Stimmung fanden die Zufuhren zu theilweise höheren Preisen gute Beachtung.

Weizen mehr beachtet, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 81—95 Sgr., gelber 80—93 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 81—95 Sgr., gelber 80—93 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen fester, pr. 84 Pfd. 64—69 Sgr., feinste Sorten 70 Sgr. bezahlt. — Gerste schwach behauptet, pr. 74 Pfd. helle 57—59 Sgr., gelbe 48—54 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer preishaltend, pr. 50 Pfd. 30—33 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Erbsen stark offerirt. — Wicken preishaltend. — Delfaaten ohne Aenderung. — u. u. pinen schwach beachtet, pr. 50 Pfd. gelbe 40—48 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Schlüssige Bohnen wenig beachtet. — Schlaglein gefragt. — Kapseln mehr beachtet, 49—51 Sgr. pr. Ctr.

Sgr.pr.Schfl.		Sgr.pr.Schfl.	
Weisser Weizen	80-88-94	Bohnen	70-80-80
Gelber Weizen	79-85-92	Sgr.pr.Sad a 150 Pfd. Brutto.	
Roggen	65-68-70	Schlag-Leinsaat	175-190-200
Gerste	48-54-59	Winter-Raps	184-194-204
Hafer	30-31-33	Winter-Rüben	170-180-186
Erbsen	53-57-68	Sommer-Rüben	148-155-164
Widen	50-55-66	Leindotter	138-145-158
Kleeftaat schwach zugeführt, rothe in feinen Sorten begehrt, ordinaire 13½-14½ Thlr., mittlere 15½-16½ Thlr., feine 17½-18½ Thlr., hochfeine 19½-19½ Thlr., weisse in feinen Sorten begehrt, ordinaire 13½-18 Thlr., mittlere 20½-24½ Thlr., feine 26-28 Thlr., hochfeine 29-30 Thlr. pr. Ctr.			
Thymothien mehr beachtet, 10½-11½ Thlr. pr. Ctr.			
Kartoffeln pr. Sad a 150 Pfd. Netto 24-36 Sgr. Wege 1½-2 Sgr.			